Stadt Bramsche

Protokoll über die 9. Sitzung des Ortsrates Achmer vom 20.11.2013 Ratssaal, Hasestr. 11, 49565 Bramsche,

gemeinsam mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

Anwesend:

Ortsbürgermeister

Herr Heiner Pahlmann

Mitglieder SPD-Fraktion

Frau Anke Hennig

Herr Dennis Kaden

Herr Stefan Klawitter

Herr Jörg Kossack

Herr Oliver Neils

Herr Günter Thomann

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Robert Bresch

Herr Hermann Droste

Herr Rainer Höveler

Herr Andreas Quebbemann

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Frau Annette Specht

Herr Henning Stricker

Sonstiges Mitglied gem. § 7 (3) HS

Herr Ufke Cremer

Herr Dieter Sieksmeyer

Gäste

Herr Blasius

Herr Meyer-Lührmann

Herr Ramm

Verwaltung

Herr Johannes Fünfzig

Herr LSBD Hartmut Greife

Frau BGM'in Liesel Höltermann

Herr Wolfgang Tangemann

Protokollführer

Herr Frank Gerdes

Geschäftsführer Fa. Zech (Schallgutachter) Bezirksförsterei Bramsche Geschäftsführer Fa. IPW (Schallgutachter)

Abwesend:

Sonstiges Mitglied gem. § 7 (3) HS

Frau Cornelia Hesselmann

Beginn: 18:00 Ende: 19:30

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 23. Änderung des Flächennutzungsplanes Ortsteil Achmer WP 11-16/457
 - Auslegungsbeschluss gem. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB)
 - Bezug: Vorlage Nr. 030/WP 11-16 (Aufstellungsbeschluss)
- 4 Bebauungsplan Nr. 147 'Industriegebiet am Flugplatz'

WP 11-16/456

- Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
- Bezugsvorlage Nr. WP 11-16/019
- 5 Anfragen und Anregungen
- 6 Einwohnerfragestunde

ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt. Bemängelt wird jedoch, dass die umfangreichen Vorlagen und Anhänge erst am 13.11.2013 zugegangen sind.

<u>LSBD Greife</u> teilt mit, dass die Unterlagen von der Verwaltung fristgerecht auf den Weg gebracht wurden.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird entsprechend der Einladung festgestellt.

TOP 3 23. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsteil Achmer

WP 11-16/457

- Auslegungsbeschluss gem. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB)
- Bezug: Vorlage Nr. 030/WP 11-16 (Aufstellungsbeschluss)

<u>Dipl.-Ing. Gerdes</u> und <u>Dipl.-Ing. Fünfzig</u> fassen den in den Vorlagen und mitgelieferten Unterlagen ausführlich dargelegten Sachverhalt vor den Anwesenden zusammen und erteilen anschließend den eingeladenen Gutachtern für die Erläuterung der Ergebnisse der Schalltechnischen Untersuchungen das Wort.

Herr Dipl.-Ing. Blasius, Geschäftsführer des für die Ermittlung der gewerblich bedingten Lärm-Vorbelastung beauftragten Gutachterbüros ZECH GmbH, trägt die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse des Schalltechnischen Berichts den Anwesenden vor und veranschaulicht diese. Die noch offenen Fragen werden geklärt. Insbesondere erläutert Herr Blasius dabei die Durchführung der Messungen und die darauf basierenden Berechnungen. Er bekräftigt, dass diese den zu berücksichtigenden Vorgaben der Technischen Anleitung Lärm (TA Lärm) entsprechen und dass sie aussagekräftig sind. Methodik, Durchführung und die rechtlichen Grundlagen für die Untersuchungen sind zudem in dem einsehbaren Gutachten ausführlich dokumentiert.

<u>Aus dem Fachausschuss</u> kommt die Frage, inwieweit bei Erweiterungen der Fa. Duni Beeinträchtigungen zu erwarten sind und ob dies berücksichtigt wurde.

Herr Dipl.-Ing. Blasius erläutert dazu, dass mit der jetzigen Untersuchung die derzeitige Situation überprüft wurde und dass auch die Kontingentierung hierauf basiert. Ein Vorhaben der Fa. Duni würde ein baugenehmigungsrechtliches Verfahren bedingen, in dem die Erheblichkeit des Vorhabens und die Bundesimmissionsschutzvorgaben zu prüfen wären. Ggf. wäre eine Schallprognose zu erbringen. Je nach Konzept und Ausrichtung der baulichen Anlagen könne ein Vorhaben sich unter Umständen auch positiv für die Anwohner auswirken, z.B. könnte ein Hallenbau bei günstiger Anordnung Schall der Fa. Kohl abschirmen und so Immissionswerte richtungsbezogen reduzieren.

Herr Dipl.-Ing. Ramm vom Büro Ingenieurplanung Wallenhorst GmbH & Co. KG fasst in einem weiteren Vortrag zum Thema Schall nachfolgend die Ergebnisse der in der vorliegenden Schalltechnischen Beurteilung beschriebenen Lärmkontingentierung zusammen. Ergebnis der Kontingentierung ist eine Festsetzung von Emissionskontingenten mit richtungsbezogen möglichen Zusatzkontingenten. Berücksichtigt wurden dabei sowohl die Belange zur bestmöglichen Ausnutzung der geplanten Industrieflächen, als auch die Schutzbelange der Anwohner. Die schalltechnische Beurteilung und die dort beschriebenen Kontingentierungsergebnisse stellt Herr Ramm in seinem Vortrag anschaulich dar.

Vors. Pahlmann bittet um Wortmeldungen.

<u>Die SPD-OR-Fraktion</u> sieht der geplanten Ausweisung, aufgrund der hohen bereits vorhandenen Lärmbelästigungen, mit gemischten Gefühlen entgegen. Zur Entschärfung der Lärmsituation bei der Fa. Kohl wird die Einberufung eines Arbeitskreises vorgeschlagen.

<u>Vors. Pahlmann</u> berichtet, dass er in dieser Angelegenheit bereits tätig war und das Gespräch mit der Fa. Kohl gesucht hat. Seitens der Fa. Kohl wurde die Bereitschaft signalisiert, sich konstruktiv zusammenzusetzen.

RM Quebbemann unterstützt den Ansatz zur Bildung eines Arbeitskreises und sieht in einem solchen Dialog eine gute Möglichkeit, Lösungen von Problemen herbeizuführen, ähnlich wie es bei der Fa. REMONDIS der Fall war. Die Belange der Fa. Kohl sieht er, wie auch seine Fraktion und die Neue Mehrheit, als sehr gewichtig an. Zudem sieht er trotz der schwierigen Rahmenbedingungen (Lärmvorbelastung und Umwelteingriffe) die Notwendigkeit zu einem Zugeständnis der Erweiterungsmöglichkeiten.

RM Specht unterstützt den für den Lärmschutz angedachten Arbeitskreis und nimmt für die Grünen zu den durch das Vorhaben betroffenen naturschutzfachlichen Belangen Stellung. Hierzu betont sie, dass die Grünen sehr genau auf die Eingriffsfolgen und die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen geschaut haben und den Prozess zur Lösungsfindung verfolgt und mitbegleitet haben. Als Resümee sieht sie die umfangreich vorgesehenen und komplex ausgearbeiteten Ausgleichsmaßnahmen auf Basis breiter Untersuchungen als geeignet und angemessen an, um die für die Betriebserweiterung notwendige Ausweisung von Industrie-

flächen zu kompensieren. Die Grünen wollen dem vorhandenen Industriebetrieb angesichts der großen und angemessenen Anstrengungen beim Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft die geplanten Erweiterungsmöglichkeiten zugestehen.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorschlag der Vorlage wird einstimmig angenommen.

TOP 4 Bebauungsplan Nr. 147 'Industriegebiet am WP 11-16/456 Flugplatz'

- Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
- Bezugsvorlage Nr. WP 11-16/019

Der TOP 4 wurde aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam mit TOP 3 behandelt.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorschlag der Vorlage wird einstimmig angenommen.

TOP 5 Anfragen und Anregungen

Keine Anfragen und Anregungen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

<u>Frau Nicole Ewert</u>, wohnhaft Wackumer Weg 7 in Achmer, bittet um Klärung verschiedener gesammelter Fragen zur Lärmproblematik im Bereich der geplanten Industriegebietausweisung in Achmer. Die Fragen umfassen die beabsichtigte Art der Ausweisung (Gewerbegebiet oder Industriegebiet), ob Lärmbeeinträchtigungen zu erwarten sind, welche Auflagen mit der Ausweisung verbunden sind und ob tags und nachts gearbeitet werden darf.

<u>LSBD Greife</u> erläutert, dass die Ausweisung als Industriegebiet vorgesehen ist, dass sich aber die zulässigen Lärmemissionen nicht daran orientieren, sondern eine gutachterlich ermittelte Kontingentierung maßgeblich ist. Mithilfe der Kontingentierung werde der Lärm auf die gesetzlich zulässigen Grenzen zum Schutz der Anlieger beschränkt. Für die Erläuterung von Einzelheiten verweist Herr Greife auf die nachfolgend in der Sitzung unter den TOP 5 und 6 noch konkret zum Thema anstehenden Vorträge der Schallgutachter.

<u>Frau Ewert</u> erkundigt sich danach, ob absehbar eine Wegeveränderung im Bereich Halener Straße / Wackumer Weg zu erwarten ist. Fa. Kohl habe in der Vergangenheit mal angefragt, ein bislang öffentliches Wegestück im Bereich Halener Straße / Wackumer Weg zu kaufen, um Betriebsflächen zusammenzulegen.

<u>LSBD Greife</u> sind diesbezüglich keine Anfragen, Anträge von Fa. Kohl oder Veräußerungsabsichten der Stadt bekannt.

<u>RM Pahlmann</u> informiert, dass hierüber mal diskutiert wurde, dies inzwischen aber kein Thema mehr sei.

<u>Frau Ewert</u> berichtet, dass in den letzten 1,5 Jahren vermehrt LKW den Wackumer Weg als Abkürzungsweg anstelle der Fahrt über die L77 nutzen, obwohl es für den Weg eine LKW-Beschränkung für LKW über 7,5 Tonnen gibt. Sie bittet um Abhilfe und fragt, was die Stadt dagegen machen könne und ob ggf. ein Schild "Anwohner frei" installiert werden könne, um Durchgangsverkehr außen vor zu halten.

LSBD Greife bietet an, dem zuständigen Fachbereich das Anliegen vorzutragen.

<u>Eine Anwohnerin</u> möchte wissen, warum ein Ausgleich für die in Achmer geplante Industrie-Erweiterungsfläche nicht auf Achmeraner Flächen möglich ist, sondern z.B. in Wersen geplant ist.

<u>LSBD Greife</u> erläutert, dass geeignete Flächen verfügbar sein müssen und ein Ausgleich über die Schaffung von zusammenhängenden Lebensraumtypen am sinnvollsten ist. Zur Frage, ob Naturschutzflächen mit der geplanten Industriegebietsausweisung in Achmer überplant werden informiert <u>LSBD Greife</u>, dass die Plangebietsflächen nicht als Naturschutzgebiet deklariert sind. Bei der Planung waren aber die außerhalb des Plangebietes weiter südlich gelegenen FFH-Schutzgebiete "Achmer Sand" und "Vogelpohl" zu berücksichtigen.

<u>Ein Bürger</u> bietet der Stadt Bramsche seinerseits Ausgleichsflächen an. Als Zweites stellt er die Frage, ob schon eine konkrete Nutzung der ausgewiesenen Fläche bekannt ist.

<u>LSBD Greife</u> erklärt hinsichtlich des Ausgleichsflächenangebotes, dass der Stadt für den Ausgleich von Eingriffen immer auch eine Rolle spielt, dass keine dauerhaften Belastungen mit einem Ausgleich einher gehen. Außerdem sei man bestrebt größere zusammenhängende Flächen für Ausgleichsmaßnahmen nutzen, um einen effektiven Ausgleich zu erzielen.

<u>LSBD Greife</u> berichtet zur Frage, ob schon ein konkretes Konzept bekannt ist, dass ein konkretes Nutzungskonzept mit einer Darstellung von konkreten Nutzungen und geplanten Anlagen der Stadt derzeit noch nicht vorliegt. Die Fa. Kohl habe aber deutlich gemacht, dass die Flächen für eine Optimierung der Logistik und den Recyclingbetrieb sowie für den Betrieb einer Brecheranlage benötigt werden.

Heiner Pahlmann Ortsbürgermeister Hartmut Greife Verwaltung Frank Gerdes Protokollführer